

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

111 (15.5.1929) Badische Kultur und Geschichte Nr. 20

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 20

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 111

15. Mai 1929

Der Geißbock von Lambrecht

Eine lustige Fingergeschichte

Von W. Sigmund, Heidelberg

Wenn auch Deidesheim und Lambrecht links des Rheins in der Pfalz liegen, so besitzen doch die links- und rechtsrheinische Pfalz sehr viele Berührungspunkte aus alten Tagen her. Zu Festlichkeiten in der badischen Pfalz strömen die „Überreiner“ in Massen herbei, und unsere Landsleute vergelten es wieder durch zahlreichen Besuch jenseits des Rheinstroms. Somit dürfte die Geschichte vom Geißbock von Lambrecht hier ihre Berechtigung finden.

Die bayerische Pfalz ist durch ihre Weine bekannt, und der „Deidesheimer“ findet sich wohl auf allen Weinarten. Nicht weit davon liegt Lambrecht, das den Deidesheimern seit dem Jahre 1404 alljährlich einen Geißbock zu liefern schuldig ist. Das kam so:

Vor Zeiten besaßen die Lambrechter wenig Weideland für ihr Vieh, das reiche Deidesheim um so mehr. Von Stallfütterung wußte man damals noch nichts, alles Vieh wurde auf die Weide getrieben, auch in den Wald, wenn das Weideland gar zu mager war. In ihrer Not wandten sich die Bürger von Lambrecht mit der Bitte an Deidesheim, sie möchten ihnen ein Stück Wald als Weideplatz für ihre Herde überlassen. Dem Gesuch ward stattgegeben unter der Bedingung, daß der jüngste Bürger von Lambrecht alljährlich auf Pfingsten einen Geißbock, „wohlgeputzt und wohlklimmt“ in Deidesheim abliefern müsse.

Auf dem Rathaus wurde alles genau vertraglich festgelegt, auch die Umstände und Formalitäten, unter denen die Ablieferung des Ziegenbocks zu erfolgen hatte. Wer hätte damals daran gedacht, daß der in froher Weinlaune festgelegte Brauch sich über 500 Jahre halten würde. Und doch ist es so. Im Jahre 1904 feierte man in Lambrecht das 500. Jubiläum des gehörnten Bocks.

Da aber ein Ziegenbock nicht allein den Weg von Lambrecht nach Deidesheim zu finden vermag, in seiner bekannten Halsstarrigkeit auch nicht finden will, wenn er auch hierzu aufs beste dressiert wäre, so muß man ihn mit Notgedrungen die nötige Begleitung mitgeben, und dazu war nach dem festgelegten Protokoll der jüngste Bürger verpflichtet. In den ersten Jahren der vertraglichen Verpflichtung mag dieser Auftrag für den betreffenden jungen Bürger eine hohe Ehre gewesen sein, hatte doch der Ziegenbock den Kühen und Ziegen zu einem guten Futter und den Alten und Jungen im Städtchen Lambrecht zu guter Milch und fetter Butter verholfen. Aber mit den Jahrzehnten und gar mit den Jahrhunderten hatte sich die Sitte verflacht, und das Amt als Reifemarschall eines Ziegenbocks, und sei es auch nur von Lambrecht nach Deidesheim rief bei manchem Beauftragten ein Kopfschütteln hervor. Doch die Bürger drangen auf Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung, widrigenfalls — und wäre es auch nur ein einziges Mal unterlassen worden — die von den Deidesheimern gegebene Erlaubnis sofort für alle Zukunft hinfällig geworden wäre.

In der Regel wurde das Erscheinen der beiden, nämlich des Bocks und seines Führers, in Deidesheim festlich begangen. Der Führer pocht darauf, daß ihm kraft alten Rechts sein Käsebrot und Wein bereitgestellt werden, indes die Deidesheimer den geschenkten Bock nach seiner guten Körperbeschaffenheit untersuchen, denn „wohlgeputzt und wohlklimmt“ muß er vertraglich sein. Früher schauten die Deidesheimer strenge darauf, daß der Bock vor Sonnenaufgang Pfingstdienstag als letztem Termin eingetroffen war. Natürlich hatte man den Tag vorher schon den Bock geliefert bekommen, der dann auf dem Marktplatz unter lebhafter Beteiligung von jung und alt versteigert wurde. Der Führer aber verlangte die Urkunde, daß der Verpflichtung Genüge getan war.

Selbst Köler und Rönige mühten sich mit dem Lambrechter Ziegenbock beschäftigt. Ruprecht III. bestätigte das alte Recht 1404, und Napoleon gab 1808 dem alten Brauch durch seine Unterschrift Rechtskraft. Nicht immer ging die Abnahme des gehörnten Bockes glatt vor sich; 1851 wollten die Deidesheimer den Bock nicht annehmen, weil er zu spät eintraf und auch nicht gut bei Ansehen war. Die Lambrechter aber, die ihr Weiderecht zu verlieren glaubten, prozessierten deswegen sieben volle Jahre beim Zweibrücker Appellationsgericht, das 1858 zu ihren Gunsten entschied, doch mußten alle Böcke seit 1851 nachgeliefert werden.

So stellt der Geißbock zu Lambrecht ein lebendiges Stück Volksgeschichte dar, und er verschaffte während der 525 Jahre „Lieferei“ den Bürgern beider Städte manche humorvolle Stunde, den Wirtschaften aber volle Häuser, denn zur Versteigerung des Bocks findet sich stets eine Menge Neugieriger ein. Da aber in unseren Tagen viel Poesie zum Kauf geht, so wollten auch die Herren Stadträte von Lambrecht von dieser alten Verpflichtung los sein. Sie stellten im vorigen Jahre fest, daß das Weideland von Lambrecht in dem Deidesheimer Wald nicht mehr benutzt werden kann, da es von den Deidesheimern mit Bäumen bepflanzt worden sei, somit sei die rechtliche Grundlage und Voraussetzung für die Lieferung des gehörnten Tieres nicht mehr gegeben. Schließlich einigte man sich wieder, und so wurde an Pfingsten 1928

der Geißbock wiederum abgeliefert. Hoffentlich bleibt der eines gewissen Humors nicht entbehrende alte Brauch auch weiterhin erhalten, so daß in diesen Pfingsttagen der Geißbock Nummer 525 seine Reise von Lambrecht nach Deidesheim antreten wird, zu Fuß, oder mit Fahrkarte I. Klasse, mit Auto oder Flugzeug ist einerlei, er muß nur abgeliefert werden.

Die Ausstellung Badisches Kunstschaffen der Gegenwart

in der Mannheimer Kunsthalle

I.
Die Ausstellung umfaßt nur Künstler, die durch Geburt oder künstlerische Tätigkeit mit Baden verbunden sind. Das Problem lokaler Stammesart ist somit vernichtet und mehr oder weniger belanglos neben der Tatsache, daß diese Ausstellung eine Repräsentation des Kunstschaffens vor seinem engeren Publikum bedeutet. Eine Jury war notwendig nicht allein vom Gesichtspunkt der Qualität, sondern ebenso wegen der Beschränkung des vorhandenen Raums. Gewissermaßen als Garant für ein gehobenes Niveau trat die Badische Sezession auf, die unter eigener Jury ausstellte. Es muß hervorgehoben werden, daß die Qualitätsstellung der „Anderen“ kaum hinter dem Niveau der Sezession zurückbleibt, deren Durchschnitt einzelne Leistungen sogar beträchtlich übertreffen. Die Sezession ist dadurch nicht etwa unnötig geworden, denn das, was sie auszeichnet, ist eine innere Einheitlichkeit, die ihr die Möglichkeit gibt, innerhalb des Landes als Regulativ zu wirken und außerhalb der Grenzen eine Vertretung zu stellen, die im Rinde der deutschen Kunst beachtet werden muß. Vorausgesetzt dabei ist, daß die Sezession von dieser Ausstellung lernt und diejenigen Künstler, deren Leistung und Persönlichkeit entsprechen, ihrem Kreis einfügt.

Vorher wir in eine Einzelbesprechung eintreten, muß erwähnt werden, daß die Möglichkeiten der Kritik gegenüber einer Zahl von mehr als 140 Ausstellern innerlich und räumlich versagen. Einschränkungen sind deshalb unvermeidlich, sie erstrecken sich auf Künstler, die im Rahmen dieser Ausstellung zu wenig hervortreten, aber auch auf solche, die auf Grund allzu vereinzelter Arbeiten nicht beurteilt werden können.

In der Badischen Sezession gibt es eine interessante Gegenüberstellung: Carl Hofer und Dillinger, der sich zu überraschender Konzentration der materiellen Ausrüstung durchgerungen hat. Die beiden Künstler kommen von entgegengesetzten Seiten der Auffassung und erreichen mit den verschiedensten Mitteln ein relativ ähnliches Resultat. Während Hofer von der Komposition ausgeht und sie dann mit raffiniertem Können farbig ausgestaltet, ist bei Dillinger alles auf Malerei, unmittelbar auf Farbe eingestellt, die den Bildzusammenhang formt. Das Komponieren hat bei Hofer zur Folge, daß man gelegentlich bei aller Bewunderung das Technische zu sehr empfindet, was bei Dillinger besonders in dem Bildnis des Mädchens mit den roten Haaren durch die große Ursprünglichkeit der Erfassung als etwas Selbstverständliches entgegengenommen wird. Von Kanold zeigt jedes neue Bild eine Leidenschaft, die immer gelohfener, stärker und objektiver Darstellung fordernd. Wenn man dies als Problem stellt, so ist hier eine Seite angeschlagen, die in der deutschen Malerei immer wieder anklingt, im Spätstil Leibs, der fast die Grenze erreicht, eine Schwünge, die letzten Endes bis zu Dürer zurückführt. Auch Rudolf Schlichter ist gut vertreten, in erster Linie durch das Bildnis Frau Dr. Lorenz, das im Wert Schlichters einen Höhepunkt darstellt. Die Schärfe der Auffassung ist geblieben, aus der Sachlichkeit der Zeichnung scheint sich allmählich freiere bewegtere Malerei zu entwickeln. Dieses Malerische beherrsicht Albert Nauelsen in einem Stillleben mit souveräner Selbstverständlichkeit, während es mir in den Bildern von Strübe und ihrem allzu gelockerten Vortrag die Grenze zwischen Stil und Manier zu überschreiten droht. Noch schwieriger liegen diese Dinge bei Weid, der sich im inneren Formal bereist und Bilder malt, die eigentlich Zeichnungen sind, wobei zuzugewen ist, daß diese Zeichnungen etwas Feingliedriges und Harmonisches besitzen. Bei E. R. Weid liegt der Zwiespalt ähnlich, denn seine ausgeglichene, gelegentlich etwas leeren Zeichnungen kontrastieren mit seiner Malerei, die dekorative Wirkungen allzu einseitig bevorzugt. Großmanns Zeichnungen und ihr dringlicher, geschickter Stil sind allgemein bekannt, so daß wir sie nur erwähnen müssen, neu war mir die Tatsache, daß Großmann auch als Bildhauer tätig ist. Seine Plastiken bleiben im Gelehrten und ohne plastischen Gehalt, und man möchte hoffen, daß der Künstler selbst sie nur als Spielerei betrachtet. Von Freyhold erlaubt diesmal ein allgemeines Urteil über seine Entwicklung, von der zu sagen ist, daß die schönen Blumenstillleben der früheren Zeit stärker berühren als die späteren figurlichen Kompositionen, die gewöhnlich wirken und etwas unangenehm Bemühtes erlernen lassen. Bei Strübe-Werte ist das Gegenteil der Fall, weil die Unmittelbarkeit hier so stark ist, daß Dissonanzen nicht gescheut werden. Obwohl sie manches Mal stören, empfindet man immer den Einfluß der kräftigen, rücksichtslosen Persönlichkeit, die sich solchen Ausdruck ungehindert erlauben kann. Nochmals ein Gegenas ist Geibel, dessen Malerei still bleibt und sich ganz auf die feineren Wirkungen des Materialischen einzustellen versucht. Auch Erwin Reinrid, der die Ausstellung der Sezession sehr gut beherrscht, arbeitet mit den subtilen Mitteln malerischer Kultur, die sich am Stillleben ebenso wie in der figurlichen Zeichnung empfindsam ausdrückt. Schließlich noch Gustav Wolf, dessen Bilder gute, besonnene Malerei sind, dessen Graphik der Grenze des Bildhaften ungewöhnliche Geschwinde entnimmt und sie in starke, wirklich holzschmittartige Fassungen bringt.

Unter den Plastikern, die zahlenmäßig immer zurückstehen, fehlt Gerbet, der diesmal nicht ausgestellt hat. Abiter ist mit ziemlich vielen Werken vertreten, mit interessanten und guten Zeichnungen, die sich einer reichen plastischen Impression hingeben, und mit ausgeführten Arbeiten in Stucco, Bronze und Holz. Trotz der ausgezeichneten Ausstellung wirkt die große Skulptur des heiligen Sebastian nicht restlos, vielleicht weil die außerordentlich geschickte Astenkomposition formal überbestimmt und dadurch innerlich nicht ganz erfüllt ist. Abiter ist gewiss einer der führenden deutschen Plastiker, und es ist auf dieser Ebene zu verstehen, wenn man mit seinem großen Können die Gefahr bemerkt, die als kunstgewerblicher Ausdruck solche Gestaltung berühren kann. Eszard verfügt über eine Sprödigkeit der Formgebung, die nicht immer gespannt genug ist, um das Thema zu erschöpfen. Das Kleinformat scheint besser zu gelingen, weil hier zarte Flächen besser sprechen und eine Monotonie der Form weniger auffällt. Die Plastik von Ridert,

den ich auf den drei großen Ausstellungen der Sezession beobachten konnte, steht mir fern, denn ich empfinde hier eine artfremde Anregung, etwas, das sich mit Plastik nicht mehr befaßt. Es ist etwas literarisches, das bestimmend wirkt, Geschicklichkeit, nicht Gestaltung. Dr. Martin.

II.

Im zweiten Teil der Ausstellung, der auf Veranlassung der Kunsthalle eingerichtet wurde, fällt als bedeutendste Erscheinung unter den Malern Vladimir Jabotin auf, der vor allem in dem Bild mit den Vögeln eine Stufe künstlerischer Reife erreicht hat, die allgemeine Geltung beanspruchen darf. Es ist etwas spezifisch künstlerisches, das zum Ausdruck gebracht wird, eine Haltung, die ungewollt in den Bildern entsteht, die den Bildzusammenhang bestimmt. Das Problem des Malerischen ist besonders auch bei dem Bildnis eines Mädchens in Not an der Stelle gesehen, auf die es antwortet. Zwischen die Jabotins sind Bilder von Anna Babberger gehört, durchaus feinfühlig Malerei, die besonders schön in der düstigen Stimmung eines Waldes vor Winteranfang empfunden ist. Von August Babberger sind im Hauptsaal riesige Kompositionen vertreten, die anscheinend als Architekturmalerei oder als Studien für teppichartige Ausführungen verstanden werden sollen. Das Prinzip dekorativer Farbe und Formzertrümmerung ist bis zum äußersten getrieben, und eine Flüchtigkeit der Darstellung gewollt, die sich fast nur noch ornamental ausdrückt und die nahe Beziehung zur Gattung der angewandten Kunst und des Kunstgewerbes belegt. Die Frage, ob sich solche extreme Flüchtigkeit in einem räumlichen Zusammenhang nicht selbst gefährlich wird, lassen wir offen. Ähnlich liegen die Dinge bei Gehri, der wie eine Vorstufe zu Babberger wirkt. Die zwiespältige Art dieser Malerei, die wir kürzlich ausführlicher begründen konnten, zeigt sich im Rahmen der Mannheimer Ausstellung nicht weniger deutlich. Von der alten Schule ist Walter Gatz mit zwei Porträts und Ernst Würtenberger mit dem Bildnis Conrad Ferdinand Webers, vor allem aber mit einem schön empfundenen Kinderbildnis vertreten. Die Aquarelle von Karl Hubrich sind zeichnerisch scharf und ausgezeichnet, erfaßt, wie überhaupt die Zeichnung als solche außerordentlich getonnt ist. Die Aquarelle sind jedoch da und dort eine inhaltliche Leere, und es muß bemerkt werden, daß in den Stil dieser Blätter etwas Nezepthaftes, Akademisches einbringen droht, von dem wir hoffen, daß es aus sich heraus überwinden wird. Die schwebelartige Leidenschaft Willi Müller-Schiffmids und die eigenartige Intenität seiner Malerei werden in der gehobenen Umgebung dieser Ausstellung besonders deutlich. Der künstlerische Ernst dieser Bilder verpflichtet dazu, daß man der weiteren Entwicklung dieses Künstlers jede Beachtung schenkt. Nicht vorteilhaft ist Willi Egler vertreten, von dem ich bessere Bilder kenne. Die kräftig gemalte Straße in Chioggia spricht stärker als das Porträt des Herrn F., das mir persönlich in der Erfassung des Geistigen zu glatt geblieben ist. Von Gisin ist besonders ein Halbakt zu erwähnen, der die Dillinger-Schule nicht verleugnet, aber überraschend stark ist im Zugriff, im Technischen und in der inneren Konzentration. Ein ähnlicher Fall bei Sprauer, der von Hubrich herzukommen scheint und besonders in dem Aquarell eines Zigeunermädchens eine klare Spannung des Formalen und Inhaltlichen erreicht hat. Aus einer lyrischen Empfindung entsteht der etwas dekorative Linienrhythmus von Fels, dem die bildliche Darstellung noch nicht genügend gleichmäßig gelingt. Huber, Karlsruhe, hat ein gutes Bildnis in gelbter Malerei ausgestellt, und wenn wir anschließend Wilhelm Martin erwähnen, so geschieht es, weil auch hier das Laute zugunsten eines stillen Ernstes vermieden wird. Von Willi Henselmann ist das Bild der Place du Tertre herzubringen, gehaltvolle, freie Malerei, während mir Albert Henselmanns Bild eines Warenhauscafes als Großformat und Vielfigurenbild noch nicht stark genug zusammengefaßt ist. Immerhin ist es das einzige Bild der Ausstellung, in dem das Problem des Großformats von der schwersten Seite berührt wurde. Von Schnarrenberger ist ein ansprechendes französisches Straßenbild zu nennen und endlich noch, um die Karlsruher Gruppe abzuschließen, zwei Spanienbilder von Gempfling. Dr. Martin

Das zweite badische Bundesjüngertag in Freiburg

Das Festprogramm zu dem 10. badischen Bundesjüngertag, Pfingsten 1929, liegt jetzt endgültig vor. Als Hauptveranstaltungen seien folgende genannt: Pfingstmontag 20.30 Uhr Begrüßungsakt in der großen Sängerhalle, ausgeführt von den vereinigten Freiburger Männergesangsvereinen und dem städtischen Orchester. Am Pfingstsonntagvormittag ist Wettlingen und -nachmittag 16 Uhr in der städtischen Festhalle das erste Stundenkonzert, dem um 18 Uhr das zweite Stundenkonzert folgt. Ausführende sind im ersten Stundenkonzert der Mannheimer Schubertbund und im zweiten die Liedertafel Karlsruhe und die Liedertafel Pforzheim. Samstag abend 20.38 Uhr ist dann in der großen Festhalle das Sonderkonzert, wobei mitwirken die Mannheimer Gesangsvereine Frera, Harmonie, Liedertafel, Liedertafel und der Heidelberger Liederkreis, ferner vom Markgräfler Sänger- und Gesangsverein Auggen, der Gesangsverein Jungingen und die Gesangsabteilung des Arbeiterfortbildungvereins Mühlheim.

Den Höhepunkt unter den Veranstaltungen des Bundesjüngertages dürfte unzweifelhaft die Hauptaufführung am Pfingstmontagsvormittag 10.30 Uhr in der Sängerkapelle bilden. Es nehmen daran teil sämtliche Bundesvereine, 600 Knaben und die Orchester des Landesheaters Karlsruhe und des städtischen Orchesters Freiburg. Dieses Konzert wird mit Professor Heinrich Jöllners großem Chor „An das Vaterland“ seinen Anfang nehmen. Ein Teil des Programms ist dem Gedenken der im Weltkrieg gefallenen Sänger gewidmet. Unter anderem kommt zum Vortrag die vom Bundeschorleiter Carl Weid für Männerchor und Orchester eigens für diese Feier geschriebene Komposition. Im weiteren Verlauf dieser Hauptaufführung wird des Mannheimer Komponisten Friedrich Gellert „Sieg des Frühlings“ zu Gehör kommen. Der Komponist wird sein Werk selbst dirigieren. Nach diesem Chorwerk werden noch mehrere Volkslieder zu Gehör kommen, und das Konzert schließt dann mit drei von Hugo Bahner bearbeiteten Gesängen aus den „Meisterjüngern“.

Der Pfingstmontagsvormittag bringt dann noch um 15 Uhr den Festzug, und daran anschließend werden die Ergebnisse des Wettlingens bekanntgegeben.

Die Größe der badischen Städte vor 100 Jahren

Vor 100 Jahren gab es in Baden erst vier Städte mit einer Einwohnerzahl von über 10 000 Einwohnern, nämlich Mannheim mit rund 27 000, Karlsruhe mit 23 000, Heidelberg mit 17 500 und Freiburg mit 17 000 Einwohnern.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 20

Wozug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verleger
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden.

15. Mai 1929

Aus der Denkschrift über den Stand der Zivilversorgung

Dem Reichstag ist vergangener Monat vom Reichsminister des Innern eine Denkschrift über den Stand der Zivilversorgung zugeleitet worden, der wir auszugswise folgendes entnehmen:

1. Die Zivilversorgung vor dem Krieg.

Bis zum Weltkrieg verstand man unter Zivilversorgung hauptsächlich die Überführung von Militäranwärtern in die Beamtenstellen des Reichs, der Länder und der Gemeinden. Militäranwärter waren die Inhaber eines „Zivilversorgungsscheins“. Auf diesen Schein hatten die Kapitulanten des Heeres, der Marine und der Schutztruppen nach Ablauf einer zwölfjährigen Dienstzeit einen gesetzlichen Anspruch, wenn sie zum Beamten würdig und brauchbar befunden wurden. Die maßgebenden Vorschriften waren ein „Mannschaftsversorgungs-gesetz“ vom 31. Mai 1906 und in den zu ihrer Durchführung vom Bundesrat erlassenen Anstellungsgrundrissen vom 28. Juni 1907 enthalten. Wenigstens Schwierigkeiten waren bei der Durchführung dieser Vorschriften nicht zu überwinden. Die Gesamtzahl der für eine Zivilversorgung in Betracht kommenden Kapitulanten entsprach kurz vor dem Krieg ungefähr der Kapazität der heutigen Wehrmacht (1914 = rd. 119 000 Mann). Dem jährlichen Zuwachs von zuletzt rund 7—8000 Militäranwärtern standen ungefähr ebensoviel Anstellungen gegenüber. In den letzten Jahren vor dem Krieg reichten allerdings die angebotenen Stellen nicht mehr aus, um den Zuwachs ganz aufzunehmen; eine Folge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, die sich naturgemäß auch bei den beiden großen Verkehrsverwaltungen, der Post und der Eisenbahn, bemerkbar machen mußte.

2. Die Zivilversorgung während des Krieges.

Die Zahl der Mannstellen für Kapitulanten hat während des Krieges eine Änderung nicht erfahren. 1914—1918 werden wie früher jährlich etwa 8—9000 Zivilversorgungsscheine ausgestellt worden sein. Statistische Unterlagen für diese Zeit sind nicht vorhanden. Doch steht fest, daß im Jahr 1914 infolge der Mobilmachung weniger Militäranwärter im Zivildienst angestellt worden sind als in früheren Jahren. In den folgenden Kriegsjahren, von 1915 bis 1918, sind Anstellungen im Zivildienst nur selten vorgekommen. Wahrscheinlich ist, daß am Ende des Krieges außer den Ende 1913 noch im Dienst befindlichen Militäranwärtern (rd. 16 000 Mann) noch 8000 aus dem Jahr 1914 und 4 × 7000 = 28 000 Mann aus den Jahren 1915 bis 1918, zusammen also rund 47 000 Mann, noch nicht im Zivildienst angestellte Militäranwärter vorhanden waren.

Die Zivilversorgung nach dem Kriege.

Die noch im Dienst befindlichen Militäranwärter konnten bei der Auflösung des alten Heeres in die neue Wehrmacht nicht übernommen werden. Sie wurden entlassen. Inzwischen waren aber mit den von Deutschland abgetretenen Gebieten eine große Zahl von wertvollen Stellen verloren gegangen. Auf der anderen Seite galt es, die aus diesen Stellen nach Deutschland übergesiedelten Beamten vorzugsweise zu versorgen, wobei auch die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen in Anspruch genommen werden mußten. Trotzdem haben sich die Anstellungsverhältnisse in den Jahren 1919—1922 günstiger entwickelt, als zunächst anzunehmen war. An die Stelle des Zivilversorgungsscheins ist der gleichwertige „Zivildienstschein“ des Wehrmachtversorgungs-gesetzes vom 4. August 1921 getreten, den auch die versorgungsberechtigten Offiziere bis zu den Dienstgraden mit dem Dienstentkommen eines Obersten einschließlich erhalten können. Eine Feststellung darüber, ob der Empfänger zum Beamten würdig und brauchbar erscheint, ist nicht mehr erforderlich. So waren alle Voraussetzungen zur Wiedereingliederung einer geregelten Zivilversorgung gegeben. Die anders geartete Entwicklung begründet Auswirkungen der Kriegsfolgen.

Zunächst brachte das Reichsversorgungs-gesetz vom 12. April 1920 eine beträchtliche Erweiterung des Aufgabentranges der Zivilversorgung, indem es im § 33 die Verleihung eines „Beamten-scheins“ an die Schwerekriegsbeschädigten vorsah. Welche Bedeutung dieser Vorschrift beizulegen ist, geht daraus hervor, daß seit 1921 mehr als 48 500 Beamten-scheine ausgestellt worden sind, die ihre Inhaber hinsichtlich der Anwartschaft auf Anstellung im Zivildienst mit den Inhabern des Zivildienst-scheins gleichstellen. Am 17. Juli 1922 gab dann das Reichs-gesetz über die Schutzpolizei der Länder diesen die Ermächtigung, auch den Angehörigen der Schutzpolizei eine der Wehrmachtversorgung entsprechende Versorgung zu gewähren. Dieser Ermächtigung haben die Länder auch entsprochen, nun trat an die Stelle des Zivildienst-scheins der „Polizei-versorgungsschein“, der übrigens nach dem Reichs-gesetz vom 26. Februar 1926 auch den Angehörigen des Reichswasser-schutzes verliehen werden konnte. Die Zivilversorgung für die Inhaber dieser verschiedenen Versorgungsscheine wurde einheitlich geregelt, durch die von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines holländigen Ausschusses des Reichstags erlassenen „Anstellungsgrundriss“ vom 26. Juli 1922, die im wesentlichen jenen von 1907 entsprachen. Die Inhaber eines Versorgungsscheins werden nunmehr als „Versorgungsanwärter“ bezeichnet. Als solche gelten die alten Militäranwärter, sowie die Inhaber des Zivildienst-scheins, des Beamten-scheins und des Polizeiver-sorgungsscheins. Ihnen sind vorzugsweise vorbehalten:

75 v. H. der Stellen des unteren Dienstes und mindestens 50 v. H. der Stellen im mittleren Dienst.

Die Schwierigkeiten in der Unterbringung der Versorgungs-anwärter und die ungewöhnliche Verminderung der Anstellungsaussichten lassen sich, wie in der Denkschrift im Einzelnen nachgewiesen ist, darauf zurückführen, weil

- zahlreiche Beamtenstellen in den abgetretenen Gebieten dauernd verloren gegangen sind,
- eine große Zahl von Beamten, die entweder aus den abgetretenen Gebieten stammen oder in den einseitigen Ruhestand versetzt oder in das Arbeiterverhältnis zurück-versetzt sind, vor den Versorgungsanwärtern in den diesen vorbehaltenen Stellen angestellt werden müssen,
- zahlreiche Beamtenstellen infolge der Beamtenzahlab-ordnung dauernd weggefallen sind,

d) die Beamten-schaft durch den Personalabbau eine Ver-jüngung erfahren hat,

e) längere Zeit eine Einstellungs-sperre für Beamten-anwär-ter bestand und in gewissem Umfang noch heute besteht und

f) vom 1. April 1928 an auf zunächst 5 Jahre jede 3. frei-werdende Stelle wegfällt.

Es war vorauszu-sehen, daß unter diesen Umständen die Zivil-versorgung schweren Schaden erleiden würde. Die Reichs-regierung berordnete deshalb, daß borgenannte Ver-sorgungs-anwärter unter bestimmten Voraussetzungen ihren Versorgungs-schein gegen eine einmalige Geldentschädigung ab-geben könnten, womit ihre Anwartschaft auf eine Beamten-stelle erlosch. Versorgungs-anwärter, die wegen schwerer Lei-den den Versorgungs-schein nicht ausnützen konnten, bot ein Er-las vom 6. August 1925 die Möglichkeit, innerhalb einer mit dem 1. März 1926 endenden Frist ihren Versorgungs-schein gegen eine einmalige Entschädigung von 1000 Reichs-mark abzugeben. Diese Maßnahmen brachten der Zivil-versorgung eine wesentliche Entlastung. Allein 9500 Inhaber des Beamten-scheins haben diesen Schein zurückgegeben.

Am 18. Juni 1924 erhöhte dann die Reichs-regierung für den Reichsdienst den Mindestanteil der Versorgungs-anwärter an den Stellen des Rangdienstes von 75 v. H. auf 90 v. H. und den Stellen des einfachen mittleren Dienstes von 50 v. H. auf 66 2/3 v. H. Leider haben sich ihr nur wenige Län-der angeschlossen.

Trotz dieser Maßnahmen wäre die Lage der Zivil-versor-gung mit der Zeit wohl unhaltbar geworden, wenn nicht einige andere Umstände zu ihren Gunsten gewirkt hätten.

4. Die zukünftige Entwicklung der Zivilversorgung

Die Denkschrift nimmt in diesem Abschnitt die Ansicht auf, eine merklige Verbesserung der Anstellungsverhältnisse könne erzielt werden, wenn die Vorschrift im § 11 des Wehrmacht-versorgungs-gesetzes, die den Versorgungs-anwärtern eine „Anwartschaft“ auf Anstellung nach Weggabe der Anstel-lungsgrundriss gebilligt, dahin abgeändert würde, daß den Versorgungs-anwärtern an Stelle der Anwartschaft ein Rechts-an-spruch auf Einstellung gegeben wird. Es wäre dann erst möglich, säumige Behörden, im besonderen die Gemeinde-behörden, mit Aussicht auf Erfolg zur ordnungsmäßigen Durchführung der Anstellungsgrundriss anzuhaken.

Weiterhin wird die Auffassung in der Denkschrift vertreten, daß eine schärfere Fassung der Anstellungsgrundriss Um-gebungsversuche ausschließen und damit zur Verbesserung der Anstellungsverhältnisse beitragen werden könnte. Außerdem sollten die Mindestgrenzen für den Stellenvorbehalt im Reichsdienst vorläufig bis Ende März 1931 erhöht werden. Eine wesentliche Förderung würde die Zivilversorgung erfahren, wenn ihr Wirkungskreis durch Ausdehnung auf Stellen in der Spezialversicherung erschlossen werden könnte. Diesen Vorträgen steht die Meinung entgegen, die Versorgungs-anwärter entsprächen nicht den in diesen Dienstzweigen an sie zu stellenden Anforderungen, weshalb es mindestens im Ein-zelfall schon einer sorgfältigen Prüfung der Verwendbarkeit bedarf.

Zusammenfassend kann — wie die Denkschrift schließt — festgestellt werden, daß für die nächsten 5 Jahre mit einer wesentlichen Verschlechterung der schon jetzt recht ungünstigen Lage der Zivilversorgung gerechnet werden muß, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auch das Reich in den nächsten Jahren zu überwinden haben wird, sehen aller-dings solchen Maßnahmen enge Grenzen. Es wäre jedoch schon viel gewonnen, wenn die ablehnende Haltung, die noch immer viele Behörden, namentlich Gemeindeverwaltungen, gegenüber der Zivilversorgung einnehmen, überwunden werden könnte, wenn sich diese Behörden nicht nur von dem Emp-finden leiten lassen würden, es handle sich bei der Zivil-versorgung um eine als lästig empfundene Verpflichtung, Ver-sprechungen einzulösen, deren Erfüllung das Reich gesetzlich gewährleistet hat, sondern wenn überall die Überzeugung Platz greifen würde, daß es sich um eine Aufgabe von volks-wirtschaftlicher Bedeutung handelt, an deren Lösung mitzu-arbeiten jeder nach Kräften bemüht sein möchte. Es gilt die durch eine schwere Kriegsbeschädigung aus ihrem Beruf her-ausgerissenen Kriegsteilnehmer soweit, als sie zur Wahrneh-mung einer Beamtenstelle geeignet sind, einer ihrem Dasein wieder Inhalt gebenden geregelten Beschäftigung zuzuführen, und es gilt weiterhin, den zahlreichen arbeits-suchenden, für ihren zukünftigen Beruf gut vorgebildeten Männern fördernd zur Seite zu stehen, die in der Wehrmacht und in der Schutz-polizei viele Jahre dem allgemeinen Wohle gedient haben, um dann in einem Alter, wo andere längst in ihrem Beruf festen Fuß gefaßt haben, den Kampf um eine Lebensstellung erst zu beginnen.

Ob es gelingen wird, die in der nächsten Zeit der Zivil-versorgung noch bevorstehenden erheblichen Schwierigkeiten durch geeignete Maßnahmen zu überwinden, läßt sich zur Zeit nicht übersehen. Gelingt dies nicht, so wird die Zahl der noch nicht angestellten Versorgungs-anwärter im Laufe der nächsten 5 Jahre dauernd steigen und schließlich eine ganz außer-ordentliche Höhe erreichen. Erst nach Ablauf dieser Über-gangszeit bessern sich die Aussichten für die Zivilversorgung. Beamten-scheine werden nur noch in so geringer Zahl aus-gestellt werden, daß sie nicht mehr ins Gewicht fallen. Auch der Zugang aus den Reihen der Schutzpolizei wird allmählich kleiner werden und in absehbarer Zeit ganz wegfallen, weil das inzwischen aufgehobene Reichs-gesetz über die Schutz-polizei der Länder nur noch für die Jahrgänge in Betracht kommt, die unter seiner Geltung in die Schutzpolizei einge-treten sind. Die letzten Jahrgänge dieser Art sind aber ver-hältnismäßig schwach, so daß sie fast ganz im Polizeidienst untergebracht werden können. Die Zivilversorgung wird dann wieder, wie vor dem Kriege, nur noch die aus der Wehr-macht hervorgegangenen Versorgungs-anwärter zu betreuen haben und dieser Aufgabe, soweit es sich heute übersehen läßt, wohl auch gewachsen sein.

Nächste Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft Heidelberg. Die badische Regierung hat der zur Zeit in Berlin stattfindenden 17. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine Einladung überbracht, ihre nächste Haupt-ver-sammlung in Heidelberg abzuhalten.

Tagungen

Der Reichsbund staatl. Verwaltungsamt-männer Landesverband Baden

hielt am 4. Mai d. J. in Mannheim seine diesjährige Haupt-versammlung ab, die zahlreich besucht war. Als Vertreter des Ministers des Innern war Oberregierungsrat Schwarz er-schienen. Ferner waren vertreten der Reichsbund der staatl. Verwaltungsamt-männer, der Bad. Beamtenbund, der Bund der geh. mittl. Beamten Badens und die Verbände von Würt-temberg und der Pfalz.

Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Verwaltungs-inspektor Koch, Freiburg, erörterte dieser einen ausführlichen Geschäftsbericht über die Vereinstätigkeit im letzten Jahre. Eine Reihe von Anträgen, die sich mit der Vor- und Aus-bildung, den Amtsbezeichnungen und der Verbesserung der un-günstigen Beförderungsverhältnisse der überalterten Kollegen insbesondere im Bezirk befahnten, fanden in der anschlie-ßenden lebhaften Aussprache einstimmige Annahme. Dem Kas-sen- und Rechnungsbereich wurde zugestimmt und dem Rechner Entlastung erteilt. Die Versammlung billigte ein-mütig den Geschäftsbericht und sprach der Vereinsleitung das Vertrauen aus.

Die nächste Hauptversammlung soll in Verbindung mit dem Bundestag der geh. mittl. Beamten Badens in Karlsruhe stattfinden.

Badischer Amtsdirektorenverein

Am Samstag und Sonntag hielt der Badische Amtsdirek-torenverein in Bruchsal seine diesjährige Landesversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Der Vorsitzende sprach nach Begrüßungsworten über das Berufsamtentum seine Befolgsordnung, die notwendige Fortbildung, Fach-ausbildung und Fortbildung, Beamtenrecht, die Verwaltungs-reform, die Hebung des Bezirksdienstes und Standes und über die Regelung der Amtsbezeichnungen. Er wies auf den schwierigen Außendienst hin, das System der Wandereins-tellen sollte wieder aufgegeben werden, auch müsse in der Beurteilung aus dem Staatsdienst nach dem Recht ge-fahren werden. Notwendig sei die Zusammenarbeit mit dem Badischen Gemeindeverband und dem Gemeindeverbände, Ministerialoberrechnungs-rat Bauer, Karlsruhe, sprach über Wohnungsbau und Wohnungsfinanzierung, und Ministerial-revisionsinspektor Kaiser, Karlsruhe, behandelte Eingemün-dungsfragen. Eine Besichtigung der Bruchsaler Sehenswür-digkeiten beschloß die Tagung.

Verbandstag der Verwaltungssekretäre

Am 12. Mai fand im „Friedrichshof“ in Karlsruhe der dies-jährige Verbandstag der geprüften Verwaltungssekretäre der badischen inneren Verwaltung statt. Der Vorsitzende konnte die Herren Landtagsabgeordneten Landgerichtsdirektor Dr. Wolfhard und Hauptfleher Stähler, den als Gast erschie-nenen Geschäftsführer des A.D.V., Herrn Winter, Kollegen der Justiz-, Finanz- und Gerichtsverwaltung, sowie die zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Zusammenschluß und Anschluß an eine Spitzenorganisation sowie das Referat des 1. Vorsitzenden, Dressling, über die Rechts- und Befol-gungsverhältnisse der einfachen mittleren Beamten Badens, von der Aufnahme als Anwärter bis zur Pensionierung. In der darauf folgenden Diskussion wurde die Ausbildung der Anwärter, die schlechten Befolgs- und Beförderungsver-hältnisse, Unter-schreibensrecht, Amtsbezeichnung, ferner die un-gleichmäßige Behandlung in Beförderungsmöglichkeiten inner-halb der einzelnen Verwaltungen stark kritisiert. Aner-kannt wurde die Übertragung wichtiger Arbeitsgebiete, die aber noch in weit größerem Maße zum Wohle des Staates durchgeführt werden kann.

Am Nachmittag fand der Zusammenschluß sämtlicher geprüf-ten Kollegen der badischen Verwaltungen zum „Verband der geprüften mittleren Beamten Badens — einf. mittl. Dienst“ — einstimmige Annahme. Nach dem interessanten aufklärenden Vortrag des Geschäftsführers des A.D.V., Landesaus-schuss Baden, Winter, wurde der An-schluß an diese Spitzenorgani-sation einstimmig beschlossen. Zum geschäftsführenden Vor-stand wurde gewählt: 1. Vorsitzender: Dressling, Schrift-führer: Jers, Kassier: Meier, sämtliche in Karlsruhe, dem ein Fachgruppenführer jeder Verwaltung zugeteilt wurde.

Der Landesverband Baden der Ständesbeamten

hielt kürzlich in Mosbach eine Konferenz der Ständes-beamten des Landgerichtsbezirks Mosbach ab, die von über 150 Teilnehmern besucht war. Nachdem der Vorsitzende des Lan-desverbandes Baden, Ständesamtsdirektor Derksen, Mann-heim, welcher die Versammlung auch leitete, die Anwesenden begrüßt hatte, hielt er einen sehr interessanten Vortrag über die Rechtsstellung der Ständesbeamten und ihre Tätigkeit. Die lehrreichen Ausführungen, welche durch praktische Beispiele wirksam unterstrützt wurden, fanden ungeteilten Beifall, auch die anschließende Aussprache, in der noch eine Reihe von An-fragen beantwortet wurde, zeigte, daß der Wunsch zur Wie-derholung derartiger Konferenzen berechtigt ist.

Der Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphen-beamtinnen hielt in Frankfurt a. M. seinen Verbandstag ab. Dem über 300 Delegierte aus allen Teilen des Reiches, Ver-treter verwandter Organisationen, sowie eine Anzahl Reichs-tagsabgeordneter verschiedener Fraktionen beiwohnten. Die Tagungsteilnehmer wurden nach einer Besichtigung der Se-henswürdigkeiten der Stadt im Rathaus vom Magistrat begrüßt. Die offizielle Begrüßungsfeier fand dann am Abend im Saalbau statt. Nach internen Beratungen folgte eine öffentliche Tagung im Palmengarten, die von der Verbandsvorsitzenden Ehe Köh-ler geleitet wurde. Für den Reichspostminister übertrug der Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt a. M., Eich, die besten Wünsche. Die Vorsitzende referierte sodann über Wünsche und Forderungen der Beamtinnen. Reichstagsabg. Leusch ver-sprach, sich auch weiterhin für die Ziele der Berufs-beamtin im Parlament einzusetzen.

„Farbe und Form“, Heft 4, 14. Jahrgang der Monatschrift für Kunst und Kunstgewerbe (Verlagsabteilung Schule Weimann, Berlin) bringt gutes Bildwerk aus den Hochklassen für Etiden, Weben, Schneider, und Buchmachen. Man sieht ma-terialgerechte, dem Zeitgefühl entsprechende Arbeiten, die aber ohne Übertriebeneiten ganz an Material und Zweck gebunden bleiben, dem obersten Gesetz des Kunstgewerbes folgen.

Der Redner erklärt, ein Diktat des Kabinetts würde er für verfehlt halten. Nützlicher sei es, wenn der Finanzminister mit dem Landtag in Verhandlungen tritt. Auch liege ein Widerspruch darin, dem Kabinett ein Veto zu geben, während es vom Landtag mit einfacher Mehrheit gestützt werden kann. Es gehe nicht an, sich mit dem parlamentarischen System nur von der finanziellen Seite aus zu befassen.

Der Finanzminister wendet sich dann in bezug auf die Verwendung der Überschüsse aus praktischen und finanzpolitischen Erwägungen gegen den völksparteilichen Antrag. Da wir kurzfristige Schulden ablösen müssen, ergibt sich im gegenwärtigen Augenblick gar keine praktische Möglichkeit zur Steuerentlastung. Überschüsse müßten in erster Linie dazu verwendet werden, Defizite auszugleichen, Überschreitungen zu decken, Anleihegeschulden zu tilgen und darüber hinaus, wenn möglich, neue Anleihen unnötig zu machen. Der Minister schließt: Wir brauchen keine neue Formulierungen. Es lebe zunächst die Tat, es lebe die Selbstbeschränkung! (Beifall).

In der Aussprache

bertritt als erster Redner Abg. Eggler den Standpunkt des Zentrums. Er meint gegenüber der Volkspartei, man hätte den wissenschaftlichen Steuerstreit gar nicht anfangen sollen; es sei nichts dabei herausgekommen. Den völksparteilichen Antrag lehnt die Zentrumsfraktion ab. Eine absolute Notwendigkeit zur Verfassungsänderung liege heute nicht vor. Bei solch schwierigen Fragen müsse man sich Zeit lassen. Die Wirkung des Antrages wäre ein Verzicht des Landtags auf sein Budgetrecht. Was nötig erscheint, könne stets im Finanzgesetz festgelegt werden. Mit einem solchen Antrag werde es nicht gelingen, einen Miß in die Koalition zu bringen. Den Darlegungen des Ministers stimmt der Redner vorbehaltlos zu. Helfen könne nur der äußerste Wille zum Sparen.

(Im Verlaufe der Sitzung erscheint heute erstmals wieder Präsident Dr. Baumgartner im Saal.)

Abg. Nüder (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ausschlußbeschlusse. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die vom Reich eingeleiteten großen innerstaatlichen Reformen abgemindert werden müssen. Eine Verfassungsänderung und zudem nur in einem einzigen Punkt lehne die Fraktion ab.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Nat.) führt aus, der völksparteiliche Antrag entspringe sehr beachtlichen Gründen. Die Verfassung sei in der Tat in manchen Punkten unbedeutlich oder nicht streng genug. Gleichwohl könne man dem Antrag nicht zustimmen, weil er in einzelnen Punkten einer Ergänzung bedürfte, im übrigen zu weit gehe. Es sei irreführend, als ob uns durch eine Änderung der Formulierung irgendeine Entlastung gebracht würde. Das Reich müsse unbedingt mit einer Verfassungsänderung vorangehen. Die unumschränkte Herrschaft des Parlaments passe für das deutsche Volk nicht. Da der Antrag gute Gedanken enthalte, werde sich die deutschnationale Fraktion bei Ziffer 2 des Ausschlußantrages der Stimme enthalten.

Abg. Nod (Komm.) lehnt den völksparteilichen Antrag ab.

Abg. Hermann (Wirtsch. Vgg.) hätte dem völksparteilichen Antrag eine andere Behandlung gewünscht und lehnt es ab, ihn für erledigt zu erklären. Dem Finanzminister könnte sehr wohl ein gewisses Vetorecht eingeräumt werden.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) führt aus: Wir sind der Meinung, daß die Verfassung ein heiliges Gut ist, an dem nicht ohne Not gerüttelt werden soll. Wir freuen uns, daß auch das Zentrum der Auffassung ist, daß die Bestimmungen der badischen Verfassung in Einklang mit der Reichsverfassung stehen sollen. Die Selbstbeschränkung des Parlaments ist das beste Erziehungsmittel. Wir haben von der Abstrichmöglichkeit reichlich Gebrauch gemacht. Warten wir ab, welche Reformen das Reich bringt. In dem entscheidenden Willen zur Sparsamkeit lassen es auch die Demokraten nicht fehlen.

Nach einer Plenitalk des Abg. Nüder (Soz.) gegen Auslassungen des kommissarischen Redners, einer kurzen Erwiderung des Staatspräsidenten Dr. Schmitt auf Bemerkungen des Abg. Hermann (er betont dabei die Notwendigkeit auf endgültige Begrenzung der Reparationspflichten, um damit eine gewisse Unsicherheit in unserem Wirtschaftsleben zu beseitigen) und dem Schlußwort des Abg. Dr. Ostfischer (D. Wp.) schreitet das Haus zur

Abschlusssitzung

Das Haus nimmt die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis. Der völksparteiliche Antrag wird mit 46 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 10 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen für erledigt erklärt.

Abg. Duffner (Zentr.) ersucht namens der Direktion der Lehrerschule die Abgeordneten um Besuch der Ausstellung in der Landesgewerbehalle.

Es folgen persönliche Bemerkungen, worauf Erster Vizepräsident Maier Anlaß nimmt, den von schwerer Krankheit etwas genesenen Präsidenten Dr. Baumgartner zu begrüßen und ihm unter allgemeinem Beifall baldige völlige Gesundheit zu wünschen.

Nächste Sitzung nachm. 3/4 Uhr. — Schluß 1.20 Uhr.

Parlamentarischer Abend im Staatsministerium

In den Räumen des Staatsministeriums vereinigte am Dienstag ein parlamentarischer Abend zahlreiche Vertreter des öffentlichen und beruflichen Lebens unseres Landes mit den Mitgliedern der Regierung und des Landtages in zwangloser Unterhaltung. Dem Abend wohnte auch der badische Gesandte in Berlin, Dr. Sonoth, bei.

Ran hörte zu Beginn einen interessanten Vortrag des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Graf Douglas, über Badens Milchwirtschaft, die der Vortragende als die wichtigste Frage, die heute die badische Landwirtschaft beschäftigt, bezeichnete. Sie könne aber nur in Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Städten und Handel gelöst werden. Es handle sich vor allem darum, auch in Zeiten der Schwemme für Abnahme zu sorgen. Darum brauchen wir Zentralmolkereien, wie wir eine solche in Badolzell haben, deren hochwertige Mutter sehr begehrt sei. Redner erklärte, die deutsche und badische Landwirtschaft stehe geschlossen auf dem Boden des Referentenentwurfs zum Reichsmilchgesetz, durch Produktions- und Qualitätssteigerung die 500-Millionen-Einfuhr von Milch, Butter und Käse aus unserer passiven Handelsbilanz wegzubringen. Zum Schluß zeigte Dr. Graf Douglas Mittel und Wege, die notwendig sind, um speziell in Baden zu einer Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu kommen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Aus den Parteien

Der Parteitag des badischen Zentrums am 9. Juni d. J. wird nach einem Beschluß der Parteileitung nicht in Offenburg, sondern in Karlsruhe stattfinden.

Jahresversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens

Im Festsaal des Hotels „Germania“ in Karlsruhe hatten sich Dienstag mittag aus Anlaß der Jahresversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens eine sehr stattliche Anzahl prominenter Persönlichkeiten der Wirtschaft und neben ihnen auch zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, an ihrer Spitze der Staatspräsident, eingefunden.

Der Vorsitzende, Präsident Venel, Mannheim, begrüßte die Erschienenen herzlich und bemerkte dann zur Wirtschaftslage, daß die vor Jahresfrist ausgedrückte Hoffnung, die Depression werde bald vorübergehen und einem neuen Aufstiege Platz machen, sich nicht erfüllt habe, die Depression sich vielmehr immer mehr vertiefe und zu einer ernsten Krise zu werden drohe, die gekennzeichnet sei durch die erschreckende Zahl der Erwerbslosen, die bedenkliche Ebbe in der Reichskasse, das Ergebnis der Genfer Abrüstungsberatungen, die Einstellung unserer früheren Gegner bei den Pariser Verhandlungen. Der Ernst der Lage mahne zur Selbsthilfe und zur Selbsterkenntnis. Angesichts der unermesslichen Steuern und sozialen Lasten müsse das Parlament sich Zurückhaltung bei neuen Anträgen auferlegen. Zu berücksichtigen sei, daß der Finanzausgleich nur auf dem Papier stehe; fraglich sei auch, ob das Sollauskommen an Steuern und Zöllen wirklich erreicht werde. Der Abbau der Erwerbslosenversicherung sei unabweislich. Es gehe nicht länger an, daß wir Ansprüche über unsere Verhältnisse hinaus stellen, die mit dem Einkommen nicht in Einklang ständen. Sparsamkeit auf allen Gebieten sei heute mehr denn je Gebot der Stunde.

Der Redner hofft zwar, daß die Pariser Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis und mindestens für die ersten zehn Jahre zu Gleichrichtungen führen, das dürfe uns aber nicht zu der Auffassung verleiten, daß wir weiterleben könnten wie bisher. Ein wichtiger Weg zur Selbstbeschränkung und zum Sparen sei die Verwaltungsreform, die zu einer Entlastung und zu gerechterer Verteilung der Steuern führen müsse. Sowie man aber auch von einer solchen Reform erwarten möge, die letzte Hoffnung liege bei unserer Wirtschaft selbst, die ohne Kapitalbildung nicht leben könne. Mit fremdem Kapital allein können wir nicht in die Höhe kommen, sondern müssen selbst Kapital bilden, damit unsere Unternehmungen wieder einen angemessenen Betrag aufzuweisen vermöchten. Voraussetzung dafür sei aber Verminderung der uns auferlegten Lasten für eine Reihe von Jahren, Abbau und Umbau und Erhöhung der Leistungen. Nach dieser Richtung zeigen sich schon hier und da Anzeichen, z. B. bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die weitest gehende Nachahmung finden müßten. Weiter aber sei auch erforderlich das gegenseitige Sichverstehen und die Entgiftung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Die Vereinigung werde auch weiter an dem Ziel verständnisvoller Zusammenarbeit, getragen von gegenseitiger Achtung, mitwirken.

Als Vertreter des badischen Handwerks sprach der Präsident der Handwerkskammer Mannheim, Graf. In allen Schichten der Bevölkerung löpfe die Not an die Tür. Wenn das Handwerk auch nicht auf einen grünen Zweig habe gelangen können, so habe doch die Zeit 9 Jahren, seit der Gründung der Vereinigung angekehrte Fortschritte einen Weg gewiesen, auf dem weitergeschritten werden müsse. Aber auch das Handwerk müsse das Wort vom Sparen sich immer als Vorbild vorhalten.

Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, betonte den Willen der Landwirtschaft zur Selbsthilfe und zur Nationalisierung. Das letzte Jahr habe zwar in mancher Beziehung in Baden eine ausgezeichnete Ernte gebracht, die unter normalen Verhältnissen der Landwirtschaft nach mancher Richtung geholfen haben würde. Leider müsse aber festgestellt werden, daß eine solche Hilfe kaum eingetreten sei. Die zunehmende Verschuldung spreche besser als alles andere von der Not der Landwirtschaft, die auch in Baden tagtäglich spiegele. Die badische Landwirtschaft sei aber auf dem Wege der Selbsthilfe nicht stillgeblieben, und die Nationalisierung habe in den letzten Jahren einen großen Schritt vorwärts geführt. Man sei bestrebt, die landwirtschaftlichen Absatzorganisationen auszubauen und habe damit auch bereits Erfolge erzielt. Auch das Rotprogramm habe sich nach dieser Richtung bereits zum Teil ausgedehnt. Eine gute Stabilisierung der Schweinepreise sei festzustellen. Aber dennoch werde die Notlage immer härter. Unter diesen Umständen habe sich die Landwirtschaft auf sich selbst besonnen und sich einheitlich zusammengeschlossen, und hoffe vorwärts zu kommen auf dem Wege, ihre Produktion wieder rentabel zu machen. Sie habe das Recht zu verlangen, daß ihre Produkte so bezahlt würden, daß die Landwirtschaft davon auch leben könne. Die Notlage der Landwirtschaft sei eine große Reichskalamität, die zu einer großen Reichskrise zu werden drohe. Redner hofft daß nun alles getan werde, die deutsche Landwirtschaft wieder rentabel zu machen. Er hoffe daß die Anwesenden diese Notlage der Landwirtschaft und ihre Notforderungen bejahen werden.

Hierauf ergiff Staatspräsident Finanzminister Dr. Schmitt das Wort zu seinem an anderer Stelle wiedergegebenen Vortrag über den Finanzausgleich, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Präsident Venel dankte dem Minister für seine außerordentlich interessanten Anregungen und Mitteilungen und ging dabei auf einige Punkte kurz ein, worauf Finanzminister Dr. Schmitt die angeschnittenen Fragen klarstellte.

Mit der Hoffnung, daß man bei der nächstjährigen Zusammenkunft über bessere Verhältnisse werde berichten können, schloß der Vorsitzende die Beratung.

Berufsstunde

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin gibt eine Reihe berufsunfähiger Schriften heraus, die im Verlag Weimar-Höbbling, Berlin, erscheinen. Diese Schriften haben in erster Linie die Aufgabe, die berufsunfähigen Jugendlichen, sowie ihre Eltern, in die verschiedenen Berufe sachkundig einzuführen; sie sollen aber auch der berufsunfähigen Aufklärung in der Öffentlichkeit dienen und auf die öffentliche Berufsberatung hinwirken. Die Darstellungen sind in allgemeinverständlicher Sprache gehalten und durch Bilder veranschaulicht. Sie geben ein ausführliches Bild über das Wesen des Berufes, die Berufsanforderungen, des Ausbildungsgang, über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die Aussichten in den verschiedenen Berufen. Es sind bis jetzt erschienen: Der Schlosser, der Dreher und Werkzeugmacher, der Gürtler und Drücker, die mittleren technischen Berufe und der Tischler.

Aus der Landeshauptstadt

Pfingstausflüge mit Sonntagszügen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Freigabe der Schnellzüge für Sonntagsfahrten ab 15. Mai über Pfingsten keine Geltung hat. Infolge Vermehrung der Züge im neuen Sommerfahrplan wird jedoch über Pfingsten trotzdem eine Reihe von raschen Fahrtmöglichkeiten geboten, die Ausflugsfahrten mit Sonntagszügen auch nach entfernteren Zielen ermöglichen. Personenzüge und beschleunigte Personenzüge können wie bekannt allgemein mit Sonntagszügen ohne Zuschlag benutzt werden, die Benutzung von Sitzplätzen gegen Zahlung des Sitzplatzzuschlages (bis 35 Kilometer 25 Pf., bis 75 Kilometer 50 Pf., bis 150 Kilometer 1 M usw.) ist auch über Pfingsten möglich. Neue Fahrtmöglichkeiten mit Sonntagszügen werden insbesondere durch das neuangelegte Sitzpaar Freiburg—Frankfurt und Frankfurt—Freiburg und die wiederkehrenden beschleunigten Personenzüge Cleve—Münster—Karlsruhe—Freiburg und zurück geboten.

Vorsicht beim Abheben von Geld! Am vergangenen Sonntag hat ein Lehrling einer hiesigen Firma bei einer Bank einen höheren Geldbetrag abgehoben. Während der Auszahlung des Geldes bettelte ein Unbekannter an einem anderen Schalter der Bank, wobei er die Auszahlung sah. Auf dem Friedrichsplatz hier holte der Unbekannte das Lehrling ein, und versuchte ihm die Aktienmappe mit dem Geld zu entreißen, was ihm aber durch die Geistesgegenwart des Lehrlings nicht gelang. Der Unbekannte ist etwa 24 Jahre alt, mittelgroß, hat dunkelblondes Haar, längliches, etwas verbranntes Gesicht, spricht Karlsruher Mundart und trug grauen Anzug.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landesweiterwart Karlsruhe. Die atlantische Zyklone, die gestern die britischen Inseln erreicht hatte, hat ihre Zuggeschwindigkeit bedeutend verlangsamt und beherrscht in weitem Umfange die Witterung Nordwestdeutschlands. Die gleichmäßige Temperaturverteilung im Bereiche des Wirbels deutet auf seinen bereits begonnenen Zerfall. Aber dem Armellanal entwickelt sich jedoch ein Nordwirbel, der für uns Bedeutung erlangen wird. Da über dem Ozean ein weiteres Tiefdruckgebiet nachfolgt, besteht für uns keine Gefahr eines Kälterückfalles, der zu Nachfröhen führen könnte. **Wetterausblick:** Etwas kühler, wolfig mit Regenschauern, bei frischen böigen Westwinden.

Handel und Wirtschaft

Badische Landwirtschaftsbank

In der heute, Mittwoch, vormittag in Karlsruhe im Mahmen der badischen genossenschaftlichen Landesorganisation abgehaltenen 30. ordentlichen Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank, e. G. m. b. H. in Karlsruhe, erstattete Bankdirektor Kündel den Geschäftsbericht. Er besprach die Anspannung am Geldmarkt und behauptete die eingetretene, wenn auch unvermeidliche Diskonterhöhung sehr, da der weitest aus größte Teil der landwirtschaftlichen Genossenschaften zunächst noch stark auf Kasse angewiesen sei, und betonte die dringende Notwendigkeit, bei den Genossenschaften das Eigenkapital, wenn auch in kleinsten Beträgen weiter zu stärken; denn der Mangel an eigenen Betriebsmitteln in der Wirtschaft sei der Grund des hohen Zinsniveaus. Er empfahl den Spar- und Darlehensstellen den Bezug von Einlagen und wies auf die Sicherungen der deutschen Währung hin.

Der Einlagenbestand betrug bei den Spar- und Darlehensstellen und landlichen Kreditgenossenschaften am 31. Dez. v. J. 24,3 Mill. gegenüber 17,8 Mill. Reichsmark im Vorjahre, bei der Landwirtschaftsbank 8,3 Mill. Reichsmark (5,9). Die von den Genossenschaften in Anspruch genommenen Kredite betrugen sich auf 21 Mill., im Vorjahre 21,8 Mill. — Die Bilanz weist nach erfolgten Abschreibungen einen Reingewinn von 105 043,65 Reichsmark aus. Es wurde eine Prozentige Dividende (wie im Vorjahre) beschlossen. Den Reserven werden 49 600, dem Aufwertungsreservefonds 28 600 Reichsmark zugewiesen. Die gesamten offenen Reserven erhöhen sich auf 668 000 Reichsmark, der Aufwertungsreservefonds auf 202 000 Reichsmark. Den Altsparen wurden bisher bereits 18 000 Reichsmark ausbezahlt. Die eigenen Mittel betragen 688 196 Reichsmark, hierzu das Geschäftsanteils Guthaben von 2 004 000 Reichsmark, zusammen 2 672 196 Reichsmark, die Gesamtsumme 20 040 000 Reichsmark. Die Bank hat in ihrer bisherigen stetigen Aufwärtsentwicklung eine weitere Stärkung erfahren.

Gebr. Schöndorff-Fuchs, Feibelberg-Norddeutsche Waggon. Die am Dienstag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Gebr. Schöndorff A.-G., Düsseldorf, die über die Erhöhung des Aktienkapitals um 3,2 Mill. Reichsmark auf 7,2 Mill. Reichsmark sowie über die beantragte Fusion mit der Norddeutschen Waggonfabrik A.-G. in Bremen Beschluß faßten sollte, brachte infolge einer Überachung, als die Neuerwerb der kürzlich übergegangenen Minorität mit offener Opposition hervorbrachte. Die Abstimmung ergab, daß die Verwaltung für ihren Kapitalerhöhungsantrag die dafür erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht besaß. Durch die hiermit erfolgte Ablehnung der Kapitalerhöhung entfiel auch die Notwendigkeit, über den Antrag auf Fusion mit der Norddeutschen Waggonfabrik A.-G. in Bremen in eine besondere Beschlusfassung einzutreten. Man sucht die Führung der Opposition im Kreise der Westdeutschen Waggonfabriken, Köln. — Aus Feibelberg wird gemeldet, daß die Transaktion mit Fuchs Waggonfabrik A.-G. nicht berührt werde. Die Durchführung erfolge durch ein Bankkonkordatium unter Führung des Varmer Bankvereins. Von diesem Konkordatium würden die laufenden Beträge schon jetzt bezahlt, so daß die Sanierung der Fuchs Waggonfabrik A.-G. keine Unterbrechung erleide. — Man kann hiernach — so schreibt die „Köln. Ztg.“ — nur annehmen, daß die Verwaltungsgruppe von Schöndorff an Stelle des Aktienkaufes sich nun mit einer Barfinanzierung behelfen will.

12 Proz. Dividende der J. G. Farben A.-G. Der Generalversammlung am 22. Juni wird von der Verwaltung der J. G. Farbenindustrie A.-G. eine Dividende von wieder 12 Proz. vorgeschlagen. Nach Abschreibungen von 71,8 (i. V. 74,7) Millionen Reichsmark beträgt der Reingewinn 118,5 (i. V. 100,8) Millionen Reichsmark. Aus dem Reingewinn werden 11,7 Millionen Reichsmark der Reserve, die damit auf 200 Millionen Reichsmark anwächst, und 6,6 Millionen Reichsmark einem Unterstützungsfonds für pensionierte Angestellte zugewiesen. Einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Vortrags von 4,4 werden rund 5,5 Millionen Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen. Entwicklung im laufenden Geschäftsjahre bisher befriedigend.

In der Zitadelle von Verbun wurde ein Wachtposten wahrscheinlich von eigenen Kameraden erschossen, die in Zivildressen die Nacht außerhalb der Zitadelle verbringen wollten, anschließend aber von dem Posten am Verlassen verhindert worden sind. Nach dem „Journal“ kommen zwei Unteroffiziere als Täter in Frage.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Städt. (öffentl.) Spar- u. Pfandleihkasse Karlsruhe

Vermögensdarstellung auf 31. Dezember 1928

Vermögenswerte	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Liegenschaften	83 001,-	1. Guthaben unserer Einleger:	
2. Darlehen gegen hypothekarische Sicherheiten einschl. Anlagen im Kontoforrentverkehr	25 518 238,47	a) Spareinlagen	27 473 927,66
3. Wertpapiere	93 833,25	b) Giroeinlagen	5 056 234,90
4. Schuldschein- u. Bürgschaftsdarlehen	4 198 413,50	2. Anleihenkapitalien	32 530 162,85
5. Wechsel	135 275,09	3. Ausgaberrückstände	22 876,50
6. Bankguthaben	3 165 574,22	4. Aufwertungsfonds auf 31. Dezember 1928	940 675,78
7. Darlehen auf Fahrnis- und Wertpapierpfänder (Pfandleihkasse)	165 031,-	5. Rücklagen auf Ende 1927	145 689,90
8. Anlagen nach § 11 Ziff. 6 des Sparfängengesetzes	127 025,50	6. Reingewinn für 1928	32 775,11
9. Einnahmerückstände	108 738,77		
10. Gerätschaften	1,-		
11. Kassenborrat	72 049,14		
Summe	33 672 180,94	Summe	33 672 180,94

Entzifferung der Rücklagen auf Ende 1928

Reservefonds	132 465,01	RM
Sicherheitsrücklage für das Kontoforrentgeschäft	46 000,-	RM
Zusammen	178 465,01	RM

Gewinn- und Verlustrechnung für 1928

Einn.		Gaben	
	RM		RM
1. Zinsen:		1. Aus ertragbaren Liegenschaften	16 563,12
a) für Einlagen	1 952 041,11	2. Zinsen von Kapitalien u. anderen Forderungen	2 458 032,99
b) für sonstige Schulden	47 185,48	3. Gebühren und sonstige Einnahmen	145 224,12
2. Auf ertragbare Liegenschaften	12 148,87		
3. Verwaltungskosten:			
a) für die Verwaltungsgebäude (einschl. zweite Bauante auf den Umbau mit 40 000 RM)	70 833,67		
b) Aufwand für Aufwertungsarbeiten rund	38 000,-		
c) Aufwand zur Durchführung der laufenden Arbeiten	464 738,78		
4. Sonstige Ausgaben	1 197,21		
5. Reingewinn 1928	32 775,11		
Summe	2 619 820,23	Summe	2 619 820,23

Karlsruhe, den 18. März 1929.

D.984

Der Verwaltungsrat.

Städt. Sparkasse Vöhrenbach

Öffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1928.

Forderungen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	5 945,43	1. Spareinlagen	478 483,84
2. Guthaben bei Reichsbank und Postsparkasse	6 772,95	2. Aufwertungsspareinlagen	346 894,23
3. Guthaben bei Banken	17 219,-	3. Sparmarken	126,80
4. Wechsel	74 655,82	4. Giroeinlagen	113 894,99
5. Betriebskapital bei den Girozentralen	24 000,-	5. Girozentralen	96 088,65
6. Wertpapiere	24 709,68	6. Banken	34 395,80
7. Darlehen in laufender Rechnung	143 200,01	7. Aufgenommene Kapitalien	155 000,-
8. Hypothekendarlehen	498 700,-	8. Rücklagen	51 228,98
9. Schuldscheindarlehen		9. Sonderrücklage vom laufenden Jahre	10 000,-
a) an Gemeinden	23 895,-	10. Reingewinn	8 684,88
b) an Private	114 148,68	Wvale 392 500,-	
c) auf Faustpfand	6 000,-		
10. Gerätschaften	5 500,-		
11. Aufwertungsfordernngen	220 685,67		
12. Aufwertungsberrechnungsfonto	77 653,31		
13. Zinsrückstände	51 712,42		
Wvale 392 500,-			
Summe	1 294 797,97	Summe	1 294 797,97

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:		
5% aus 592 378,63 RM	=	29 618,93 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1928	=	59 913,86 "
somit mehr	=	30 294,93 RM

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Kraut.

Der Geschäftsleiter: gez. Heppner.

Bezirksparkasse Ulm, Baden

Öffentliche Verbandsparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand	2 850,73	1. Spareinlagen	180 158,36
2. Postsparkasse	611,06	2. Giroeinlagen	13 710,15
3. Hypotheken	81 600,-	3. Aufgenommene Kapital bei der Girozentrale	17 894,36
4. Schuldscheine	81 420,-	4. Aufwertungsfonto	12 799,23
5. Darlehen an Gemeinde	10 900,-	5. Rücklagen von früheren Jahren	4 187,18
6. Einnahmerückstände	5 809,75	6. Reingewinn von 1927	4 443,26
7. Gerätschaften	1,-		
Summe	183 192,54	Summe	183 192,54

Ulm, Amt Oberkirch, den 10. Mai 1929.

Der Verwaltungsrat: Panther.

Der Geschäftsleiter: Schindler.

46. Münchener Pferdelotterie.

Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen und abgekauften Lose sind nach der am 15. April vorgenommenen amtlichen Ziehung folgende Treffer entfallen:

Lose-Nr. 23 785 gewinnt ein Pferd i. B. v. 1200 RM.
Lose-Nr. 71 378 u. 107 152 gewinnen je 20 RM.
Lose-Nr. 23 319, 39 920, 65 642, 71 161, 71 192 u. 86 840 gewinnen je 10 RM.

Folgende 23 Endnummern gewinnen in sämtlichen Tausendern je 3 RM: bar: 012, 117, 170, 226, 281, 289, 333, 338, 382, 422, 426, 433, 442, 579, 684, 696, 755, 825, 831, 845, 903, 955, 962.
Ferner gewinnen 3 RM: Lose-Nr. 39 085, 65 864, 71 138 u. 86 834.

Detektiv - Institut
u. Privat-
Büro
Argus
Mannheim
O 6, 6
Planken 22
Schloßstr. 33/35
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Ludwig Schwelsgut
Karlsruhe i. B.
Krippenstraße 4
beim Rindfleisch
Flügel
Pianos
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere



Badisches Landes-Theater

Donnerstag, 16. Mai
*Th.-Gem. 401-550

Satuntala

Schauspiel nach Kalidasa
von Kohnfeld
Regie: Waumbach

Mitwirkende:
Bertram, Ernath, Frauen-
dorfer, Scheiner, Willer,
Brand, Dahlen, Gemmede,
Graß, Herz, Söder, Just,
Reinath, Kleinherf, Kuhne,
Ruthe, Wehner, Müller,
Schulze, v. d. Trend,
Wiedel

Anfang 20 Ende 22
Preise A (0,70-5 RM)

Fr., 17. Mai, Der Diktator,
Sietauf;

Das geheime Königreich
Schwergewicht oder:
die Ehre der Nation,
Hietani

Im Konzerthaus:
Gastspiel des Sächsischen
Theaters Karlsruhe
's Teufelant

Sa. 18. Mai, Einmaliges
Gastspiel Max Ballenberg
mit seinem Ensemble:
das große ABC

So. 19. Mai, Einmaliges
Gastspiel der japanischen
Sängerin Jovita Juénes:
Madame Butterfly

Im Konzerthaus:
Zum erstenmal:
Das goldene Kalb

Mo., 20. Mai, nachmittags:
Hohlspektakel
abends: Die Fledermaus

Im Konzerthaus:
Das silberne Kaninchen.

Colosseum

Große
Variété-Spiele

Die glanzvolle Parade
artistischer
Höchstleistung mit

Musik
aus der Luft

Anfang täglich 20 Uhr

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereichter, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 492

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

Wollen Sie Veränderungen in
Ihrer Familie, seien es freudige
oder traurige Ereignisse, Ihren
Kollegen und Bekannten mit-
teilen, so erreichen Sie dieses
durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung

BADISCHER STAATSANZEIGER
Jeder badische Beamte
liest sie, jede badische
Staats- oder städtische
Behörde nimmt davon
Kenntnis

Öffentl. Verbandsparkasse Bonndorf i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	12 620,08	1. Spareinlagen	1 145 260,63
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse	163 182,32	2. Giro- u. Kontoforrenteinlagen	207 888,43
3. Wertpapiere	119 600,-	3. Aufgewertete Spareinlagen	1 866 422,93
4. Wechsel	51 370,16	4. Sonstige Aufwertungsverpflichtungen	16 165,25
5. a) Darlehen auf Hypotheken	860 650,22	5. Anleihenkapitalien	212 185,23
b) Grundstückskaufgelder	170 283,55	6. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	149 556,83	a) gesetzl. Reservefonds	53 777,15
7. Darlehen auf Schuldschein	129 602,26	b) Sonderrücklage	25 648,75
8. Darlehen an Gemeinden	256 684,44	7. Aufwertungsabrechnungsfonto	650,67
9. Einnahmerückstände	91 689,66	8. Reingewinn vom Jahre 1928	25 197,89
10. Grundstücke u. Gebäude	1,-		
11. Gerätschaften	2,-		
12. Aufwertungsfordernngen	1 547 315,93		
13. Ausgleichsfordernngen	636,44		
Summe	3 553 194,89	Summe	3 553 194,89

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:		
5% aus 1 353 149,04 RM Einlagen		67 657,45 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927	53 777,15 RM	
Zunahme aus dem Reingewinn 1928	13 880,30	67 657,45 RM
Bonndorf, den 10. Mai 1929.		D.972

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Raifer

Der Geschäftsleiter: Grether

Städt. (öffentl.) Sparkasse Walldürn

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	10 808,77	Spareinlagen	596 698,44
2. Guthaben d. Banken Girozentrale u. Postsparkasse	1 043,37	Aufgewertete Spareinlagen	261 128,05
3. Wertpapiere	1,-	Giroeinlagen	47 737,95
4. Wechsel	1,-	Sonstige Einlagen	1,-
5. Darlehen auf Hypotheken	468 491,84	Anleihen- u. andere Schulden (Rentenbankkredite usw.)	1,-
6. Grundstückskaufgelder	153 346,85	Rücklagen:	
7. Darlehen a. Schuldscheine	142 508,25	a) Aufwertungsfonto	49 629,53
8. Darlehen an Gemeinden	13 504,31	b) gesetzl. Reservefonds	49 151,40
9. Betriebskapital bei der Girozentrale	16 500,-		
10. Darlehen in lfd. Rechnung	178,14		
11. Einnahmerückstände	11 061,63		
12. Aufwertungsfordernngen	134 763,26		
13. Aufwertungsabrechnungsfonto	126 424,79		
14. Grundstücke u. Gebäude	44 000,-		
15. Gerätschaften	1 500,-		
Summe	1 132 832,26	Summe	1 132 832,26

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:		
8% aus 644 436,39 RM Einlagen		51 554,88
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928		49 151,40
somit weniger		2 403,48

Walldürn, den 7. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Dr. Trautmann, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: gez. Geier.